

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 42 (1950)
Heft: 6

Artikel: Der CIO und die Kommunisten
Autor: Miche, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sondern auch von andern Industrieländern. Diese Förderung der industriellen Entwicklung würde zur Lösung des Problems der überschüssigen Arbeitskräfte beitragen.

Dabei wird die Notwendigkeit der Schaffung einer internationalen Institution zur Koordinierung und Aufrechterhaltung eines dauernden Zustroms solchen Kapitals offenbar.

Europäische Einheit

Die demokratischen Gewerkschaftsorganisationen stimmen überein in der Erkenntnis der Wichtigkeit der europäischen Einheit. Probleme wie die Koordinierung der Investitionen, Liberalisierung des Handels, Gründung einer Europäischen Zahlungs-Union und Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte werden eine vollkommene und zufriedenstellende Lösung nur im Rahmen eines einheitlichen Europas finden, wobei erkannt werden muss, dass Fortschritte auf dem Wege zur wirtschaftlichen Koordinierung und Vereinheitlichung ohne angemessene politische Schritte kaum gemacht werden können. Diese Einheit ist von so lebenswichtiger Bedeutung, dass Gefahren mit in Kauf genommen werden müssen; es sollte jedoch anerkannt werden, dass, falls nicht von Beginn an gewisse Programme, insbesondere in bezug auf den vollen Einsatz der verfügbaren Hilfsquellen und eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens, durchgeführt werden, die Einheit nicht auf festem Grund beruhen und über kurz oder lang durch politische und soziale Unsicherheit untergraben werden wird.

Es ist klar, dass die zu überwindenden Schwierigkeiten in Anbetracht der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen, der Regierungssysteme und politischen Anschauungen in Westeuropa sehr gross sind; aber alle aufrichtig demokratischen Kräfte sind sich einig über die Notwendigkeit, energisch auf die Lösung dieser Schwierigkeiten hinzuarbeiten, denn es ist sicher, dass die vollkommene Gesundung der europäischen Wirtschaft letztendlich ohne Einheit nicht erreicht werden kann.

Giacomo Bernasconi.

Der CIO und die Kommunisten

Der historische Werdegang

Bei der Beurteilung der Stellungnahme des diesjährigen Kongresses des amerikanischen Verbandes der Industriearbeiter (CIO) gegen die Kommunisten darf nicht vergessen werden, dass die Aktionsmöglichkeiten der Kommunisten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in den USA nicht von grosser Bedeutung waren und der CIO seine Wirksamkeit erst im Jahre 1935 begann. Er hielt im Jahre 1938, also kurz vor Ausbruch des Krieges, seinen ersten grossen Kongress ab, was heisst, dass er seine Tätigkeit ohne jene Erfahrungen aufnahm, die die Gewerkschaften in Europa in der Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Jahre 1935 machen konnten: In jener Periode, wo sich die « Generallinien » zugunsten eines « Weltkongresses », der « gemeinsamen Aktion », der « Zellenbildung », der « Einheit von unten », der

« Einheit von oben » usw. in schneller Folge ablösen und die Führer der russischen Gewerkschaften, der Kommunistischen Internationale und der damals noch bestehenden Roten Gewerkschaftsinternationale ohne Umschweife ihre Pläne darlegten. « Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung », führte beispielsweise *Sinowjew* aus, « ist für uns kein Fetisch. Wir sind für die Einheit, weil sie uns die Möglichkeit gibt, das Aktionsfeld für den Kommunismus zu erweitern. » *Losowski*, der Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, wies darauf hin, dass « die Einheit kein Ziel, sondern nur ein Mittel zur Erreichung des Zieles sei », dass die Kommunisten « das Recht und die Pflicht haben, den Feind zu hintergehen. Die Hauptsache ist, dass die Arbeiter unsere Taktik begreifen. Sie müssen sehen, dass wir manövrieren, aber nicht nachgeben. » Noch im Jahre 1933 brachte *Losowski* in seinem Buch über Marx und die Gewerkschaften zum Ausdruck, wie sehr Marx für die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei eintrat, und dass es seine Ansicht war, « die politischen Parteien des Proletariats sollen die wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiter festlegen und die gewerkschaftlichen Organisationen leiten ».

Bald darauf, das heisst kurz nachdem die Exponenten des CIO innerhalb der AFL ihre Wirksamkeit begonnen hatten, machten sich in scharfem Gegensatz zur früheren Politik der Kommunisten jene neuen Lösungen geltend, die die « Volksfront »-Bewegungen einleiteten und bis zu Beginn des Krieges in Kraft standen. Die Kommunisten sprachen sich für « sachliche Gewerkschaftsarbeit », für Tarifverträge, « vernünftige Lohnverhandlungen » und die « Freiheit der Gewerkschaften » aus. Auf politischem Gebiet wirkte sich die Stellungnahme des 7. Kongresses der Kommunistischen Internationale aus, der sich offiziell zugunsten des « Kampfes für die Verteidigung der bürgerlichen demokratischen Freiheiten », ja sogar für das « Kleinbürgertum und die kleinen Leute von Stadt und Land » ausgesprochen hatte.

Nach dem kurzen Zwischenspiel des Bündnisses zwischen Deutschland und der UdSSR während des Krieges nahm diese Politik ihren Fortgang und führte schliesslich im Jahre 1943 sogar zur Auflösung der Kommunistischen Internationale. Man gab in Moskau offen zu, dass die früheren Auffassungen als « veraltet » bezeichnet werden müssen und die Kommunistische Internationale « zum Hindernis einer weiteren Festigung der Arbeiterparteien » geworden sei. Im Zusammenhang mit den gemeinsamen kriegerischen Anstrengungen der Alliierten und der UdSSR machten sich jene Tendenzen geltend, die besagten, dass der Sozialismus und der Kapitalismus in der Welt friedlich nebeneinander bestehen können.

Es ist nicht erstaunlich, dass die Kommunisten unter diesen Voraussetzungen im CIO an Einfluss schnell gewannen, wozu auch der Umstand beitrug, dass sich der CIO insbesondere die gewerkschaft-

liche Erfassung der am schlechtesten bezahlten Arbeiter der grossen Industrien zur Aufgabe machte und weitgehende Forderungen aufzustellen hatte. Wenn auch angenommen werden kann, dass die Zahl der kommunistischen Mitglieder in den Organisationen des CIO die Grenze von 100 000 nie wesentlich überschritt, so stand doch im Jahre 1945 nahezu die Hälfte der damals 5 Millionen Mitglieder des CIO unter kommunistischem Einfluss, bzw. unter kommunistischer Leitung.

Als die Kommunistische Partei in den USA, die anlässlich der Aufhebung der Kommunistischen Internationale im Einverständnis mit Moskau aufgelöst worden war, neu errichtet wurde und Moskau nach Kriegsende eine Politik einschlug, die sich ähnlicher Stellungnahmen und Mittel bediente, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg in Europa in Erscheinung traten, war für die amerikanische Gewerkschaftsbewegung und besonders für den CIO ein entscheidungsvoller Augenblick gekommen.

Die Reaktion des CIO

Das Vorgehen des CIO war prompt und durchgreifend. Während die europäischen Gewerkschaften nach dem Ersten Weltkrieg unter ähnlichen Umständen äusserst zögernd vorgingen und vielfach auch heute noch nicht völlige Klarheit geschaffen haben, wurden die Abgrenzungen in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg in kürzester Zeit vollzogen.

Der Unterschied ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in Europa die Stellungnahme gegenüber den Kommunisten allzeit mit ideologischen Auseinandersetzungen verknüpft und dadurch behindert wurde, während in den USA nicht Ideologien, sondern *das Verhalten in der Praxis der gewerkschaftlichen Aktion* und Fragen der nationalen und gewerkschaftlichen Disziplin den Ausschlag geben.

Es ist interessant, von diesen Gesichtspunkten aus die Argumente zu verfolgen, die auf dem Kongress des CIO bei der Behandlung dieser Fragen speziell ins Gewicht fielen.

Einem Agenten der Kommunisten, der dem Kongress Lektionen auf dem Gebiet korrekten Verhaltens geben wollte, wurde entgegengehalten, dass seine Organisation in der Beitragszahlung acht bis neun Monate im Rückstand sei und dem CIO 53 000 Dollar schulde. Einem Delegierten des unter kommunistischer Leitung stehenden Verbandes der Lebensmittel-, Tabak- und Landarbeiter, der sich über das mangelnde Entgegenkommen der Leitung des CIO beklagte, konnte mitgeteilt werden, dass 140 000 Dollar der 160 000 Dollar, die seine Organisation seit 1937 an die Zentrale des CIO gezahlt hatte, dem Verband wieder zur Verfügung gestellt wurden, dass der CIO für die Gehälter der Führer und Propagandisten

dieser Organisation aufkam und ihr darüber hinaus noch Anleihen gewährte. Der kommunistisch geleitete Verband der Arbeiter der Elektroindustrie, dessen Führer dem Vorsitzenden des CIO und Leiter des Stahlarbeiterkonfliktes, *Philip Murray*, vorwarf, dass er zu wenig energisch auftrete, hat im Rahmen seiner eigenen Aktion während der letzten fünf Monate 98 Verträge mit Unternehmern abgeschlossen, von denen 56 auf dem Gebiete allgemeiner Lohn-erhöhungen nicht die geringste Verbesserung bringen. *Bridges*, der kommunistische Leiter des Verbandes der Docker, der die Leitung des CIO besonders scharf kritisierte und sich über ihre mangelhafte Aktion aufhielt, wurde an seine Ausführungen im Jahre 1945 erinnert, die in der Feststellung gipfelten: « Schlagen wir uns nicht weiter mit den Unternehmern herum. Wir wollen auf Kämpfe verzichten, stehenden Fusses ein Moratorium abschliessen und in den nächsten fünf Jahren auf Streiks verzichten. »

Ausschlaggebend für die energische Stellungnahme gegen die Kommunisten war vor allem auch *ihr Verhalten in der Zeit des Stahlarbeiterkonflikts*, nämlich die Tatsache, dass die Kommunisten mitten im Kampf die Streikleitung in heftigster Weise angriffen.

« Als die von Präsident Truman eingesetzte Untersuchungskommission ihre Empfehlungen machte », so führte Murray auf dem Kongress des CIO aus, « wurden wir nicht nur von der Wall Street und den Industriellen der Stahlindustrie angegriffen, sondern auch von der Kommunistischen Partei. » ... « Als wir die Empfehlungen der Untersuchungskommission annahmen, sandte Moskau drei Kurzwellensendungen aus, die uns als Agenten der Wall Street bezeichneten und uns vorwarfen, dass wir die Interessen unserer Mitglieder verraten. » ... « In einer Flugschrift, die diesmal nicht von der Kommunistischen Partei, sondern von einer unserer Organisationen herausgegeben worden ist, wurde gesagt, dass Philip Murray mit dem Klu-Klux-Klan gemeinsame Sache mache, dass er mit Agenten der Unternehmer zusammenarbeite, dass er auf dem gleichen Boden mit Leuten stehe, die die Oberherrschaft der weissen Rasse predigen, dass er mit den Reaktionären des Südens, mit Terroristen und Feinden der Arbeiterschaft marschiere. »

Dass sich anlässlich der Präsidentenwahl des Jahres 1948 verschiedene Führer von kommunistisch geleiteten Organisationen des CIO entgegen einem Beschluss der Leitung für die « Fortschrittspartei » von Wallace einsetzten, hat ebenfalls viel zur Beschleunigung der Stellungnahme gegen die Kommunisten innerhalb des CIO beigetragen.

« Als im Jahre 1948 die Fortschrittspartei gegründet wurde », so sagte Murray in seiner programmatischen Rede auf dem Kongress des CIO, « waren sich alle, die in diesen Dingen Bescheid wissen, darüber klar, dass es die Kommunistische Partei war, die den Antrieb gab. Die Führer der Kommunistischen Partei in Neuyork beriefen ihre Gruppen ein, die die Initiative ergriffen und damals versuchten, die Führer gewisser CIO-

Organisationen auf die sogenannte Parteilinie festzulegen. Es ist allgemein bekannt und einwandfrei nachgewiesen, dass Moskau anlässlich der Wahl des Jahres 1948 vor allem das Ziel verfolgte, Truman aus dem Weissen Haus zu vertreiben.» ... «Ich habe damals der Exekutive des CIO den Rat erteilt, dass wir uns offiziell für Truman einsetzen. Während zwei Tagen haben wir die Angelegenheit besprochen, wobei sich elf Organisationen aus den oben angegebenen Gründen gegen die Wahl Trumans aussprachen.» ... «Fünf dieser Organisationen waren mit der Beitragszahlung im Rückstand. Obwohl sie deshalb in jenem Augenblick auf die Rechte von ordentlichen Mitgliedern gar keinen Anspruch erheben konnten, benützten sie den grössten Teil der Zeit und der Debatten.» ... *«Sie unterstützten die Fortschrittspartei, weil die UdSSR in den USA die Wahl einer reaktionären Verwaltung für wünschbar hielt, einer Verwaltung, die eine isolationistische Politik einleitet und somit Russland in der ganzen Welt freie Hand gelassen hätte.»*

Im Zusammenhang mit dem Ausschluss des Verbandes der Arbeiter der Elektroindustrie (UE), der grössten der Organisationen, die unter kommunistischem Einfluss stehen, führte Murray unter anderem aus, «dass der Beschluss, sich vom CIO abzuspalten, von der Kominform schon viel früher gefasst worden sei. Die UE hat sich in einer Weise benommen, die uns ermutigen sollte, den Trennungsstrich zu ziehen.» Murray zitierte im Anschluss an diese Bemerkung Ausführungen eines kommunistischen Blattes, in dem auf die «verräterische Politik der Bonzen des CIO» hingewiesen und weiter gesagt wird: *«Es kann geschehen, dass die UE aus dem CIO austreten und sich an die Spitze einer Bewegung zwecks Gründung einer dritten Gewerkschaftszentrale in den USA stellen wird.»*

Was den Marshall-Plan betrifft, der auf dem letztjährigen Kongress des CIO mit grosser Mehrheit gutgeheissen wurde und für den sich die Leitung des CIO ganz besonders einsetzte, so sagte Murray unter anderem: «Einige Delegierte machten geltend, dass sie das Recht haben, gegen den Marshall-Plan zu kämpfen. Ich spreche niemandem das Recht ab, gegen den Marshall-Plan aufzutreten; hingegen kann ich es nicht zulassen, dass ein angeschlossener Verband den Marshall-Plan benützt, *um die Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten zu unterhöhlen und zu zerstören.* Die sogenannten Apostel der Demokratie, die den Marshall-Plan und andere von unserer Regierung, unserem Parlament und unserem Volk befürworteten Pläne bekämpfen, tun dies, *weil durch diese Pläne dem Expansionismus der UdSSR entgegengearbeitet wird.*»

Die Begründung des Vorgehens

Immer wieder wurde von den Delegierten darauf hingewiesen, dass es vor allem das *unehrliche und unanständige Verhalten* im Zusammenwirken innerhalb der Gewerkschaften ist, das den Ausschlag zu geben hat in der Stellungnahme gegenüber den fehlbaren

Organisationen und ihren Führern. *Walther Reuther*, der Präsident der Resolutionskommission, brachte diese Einstellung besonders deutlich zum Ausdruck, indem er sagte: « Es geht letzten Endes um eine Frage des gewöhnlichen Anstandes. Man kann nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die unehrlich sind und die einfachsten Regeln menschlichen Verhaltens missachten. Durch ihr Verhalten beweisen diese Leute, dass sie moralisch bankrott sind und kein Interesse haben an ehrlicher, ernsthafter und aufbauender Zusammenarbeit mit andern anständigen Gewerkschaftern. » ... « *Eine Gewerkschaft ist eine freie Organisation freier Menschen, die zusammengehalten wird durch gemeinsame Ideale und Ziele, durch menschlichen Anstand, Ehrlichkeit und Sauberkeit. Wenn diese Elemente zerstört werden, so zerstört man die Grundlagen der Gesellschaft freier Menschen.* »

Diese Kriterien wurden auch der vom Kongress gutgeheissenen Resolution und damit dem Ausschluss der UE sowie der Organisation der Arbeiter in der Industrie für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen zugrunde gelegt. Die letztgenannte Organisation, die FE, deren Mitgliederzahl seit einiger Zeit stark rückgängig ist, hat kürzlich den Beschluss gefasst, sich der UE anzuschliessen. Sie tat dies in Missachtung einer Anweisung der Leitung des CIO, die den Beitritt der FE zum Verband der Arbeiter der Autoindustrie anordnete, dem bereits rund 100 000 Arbeiter der Industrie für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte angehören.

« Wir können es in der Familie des CIO nicht länger dulden », so heisst es einleitend in der besagten Resolution, « dass sich die Kommunistische Partei als Arbeiterorganisation aufspielt. Die Zeit ist gekommen, wo der CIO die falschen Führer, deren einziges Ziel es ist, die Arbeiter zu betrügen und zu hintergehen, entlarven muss. Solange sich die Agenten der Kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung der Mitgliedschaft beim CIO erfreuen, werden sie diesen Verrat unter dem Schutz des guten Namens des CIO fortsetzen. » ... « Die Gewerkschaften sind freie Organisationen freier Menschen, die zusammengehalten werden durch allgemeine Loyalität, Anstand und Ehrlichkeit. » ... « Der Zusammenschluss der UE und der FE war der erste Schritt im Rahmen der auf lange Sicht ausgearbeiteten Pläne der Kommunistischen Partei zwecks Errichtung einer von den Kommunisten beherrschten Arbeiterföderation in Amerika. » ... « Mitten im grössten Kampf, der je zwischen der Arbeiterschaft und dem Kapital ausgefochten wurde, haben die Führer der UE wieder einmal gemeinsame Sache gemacht mit dem Hause Morgan und dem Stahltrust; zu einer Zeit, wo der Stahlarbeiterverband, diese grosse Organisation des CIO, in einem heroischen Kampf zugunsten der Einführung von Alterspensionen und Krankenversicherung für seine Million Mitglieder begriffen

ist, hat die UE in schamloser Weise den Stahlarbeiterverband und seinen Präsidenten, Philip Murray, angegriffen. » Dass sich die UE gleichzeitig bereit erklärte, finanzielle Mittel für diesen Kampf zur Verfügung zu stellen, wird als blosser Heuchelei gebrandmarkt.

Der Kreis der Betroffenen

Mit dem Ausschluss der FE (rund 30 000 Mitglieder) und der UE sowie der Gründung einer neuen Organisation, die bereits die Hälfte der rund 400 000 Mitglieder der UE erfasst hat, ist ein entscheidender Schritt getan worden. Die Leitung des CIO wird nun noch über das Los jener zehn anderen Organisationen zu entscheiden haben, die unter kommunistischer Leitung oder unter kommunistischem Einfluss stehen. Es sind die Organisationen der

Lebensmittel-, Tabak- und Landarbeiter	rund	58 000	Mitglieder
Fischer und verwandte Berufe	»	17 000	»
Schiffstelegraphisten	»	25 000	»
Docker und Lagerhausarbeiter	»	75 000	»
Bergleute und Giessereiarbeiter	»	100 000	»
Schiffsköche und Stewards	»	10 000	»
Möbelschreiner	»	35 000	»
Beamten	»	75 000	»
Büroangestellten	»	75 000	»
Pelz- und Lederarbeiter	»	90 000	»

Es ist nicht ausgeschlossen, dass es im Laufe der bereits eingeleiteten und noch einzuleitenden Verfahren zu weiteren Ausschlüssen kommt. Würde der CIO ausser den bereits ausgeschlossenen Organisationen noch alle soeben erwähnten Verbände ausschliessen, so würde er immerhin nur etwa 10 bis 15 Prozent seiner Mitglieder einbüssen.

Bei eventuellen weiteren Abspaltungen und bei der damit verbundenen Rückgewinnung von Mitgliedern wird viel davon abhängen, ob es sich lohnt oder gelingt, neue Organisationen zu gründen. Eine grosse Rolle spielen dabei die Kollektivverträge sowie die kollektivvertraglichen Verhandlungen. Die Kollektivverträge haben in den USA oft lokalen Charakter und werden in vielen Berufen für wenige oder sogar einzelne Betriebe abgeschlossen. Bevor ein Verband des Schutzes des nationalen Amtes für die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern teilhaftig werden und damit in kollektivvertragliche Verhandlungen treten kann, muss bei gewissen Voraussetzungen in den in Frage kommenden Betrieben eine Abstimmung vorgenommen, das heisst es muss bewiesen werden, dass der Verband tatsächlich für die Mehrheit der Arbeiter auftreten kann. Im Falle der UE stehen die Dinge so, dass bereits eine neue Organisation gegründet ist und, wie wir gehört haben, die Hälfte der Mitglieder der ausgeschlossenen UE um-

fasst. Dessenungeachtet müssen jedoch die besagten Abstimmungen durchgeführt werden, was schon deshalb gewisse Schwierigkeiten verursacht, weil laufende Verträge vorhanden sind, die zum Teil bis zum Sommer nächsten Jahres Geltung haben. Zurzeit liegen bereits 75 Anfragen für Wahlen in 64 Betrieben der Grossfirma « Westinghouse Electric Corp. » vor.

Die Entwicklung seit dem Kongress

Bei der Einleitung der Aktion gegen die Kommunisten beschloss der Kongress des CIO, dass in Zukunft keine der Kommunistischen Partei, bzw. einer sonstigen totalitären Bewegung *angehörnde* oder im Sinne der Politik einer solchen Organisation *tätige* Person das Amt eines Funktionärs oder Mitgliedes der Exekutive bekleiden könne. Gleichzeitig wurde der Exekutive die Ermächtigung erteilt, auf Grund einer Zweidrittelmehrheit Verbände auszuschliessen oder sonst zweckdienliche Massnahmen zu treffen, wenn solche Organisationen eine Politik im Sinne der Kommunistischen Partei oder anderer totalitärer Bewegungen verfolgen.

Die beiden Organisationen, diejenige der Arbeiter in der Elektroindustrie und jene der Industrie für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen, wurden, da sie nicht nur unter kommunistischer Leitung standen, sondern sich offensichtlich gegen organisatorische Beschlüsse des CIO vergangen hatten — wie vorstehend ausgeführt —, vom Kongress sofort ausgeschlossen. Im Falle der anderen zehn in Frage kommenden Organisationen wurden die Ausschlussverhandlungen auf später verschoben.

Zunächst schien es, als ob sich die Konflikte bei einzelnen dieser Organisationen *gütlich* beilegen liessen. Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch. Die Kommunisten, die es vor dem Kongress in der Praxis des täglichen Verhaltens auf eine Spaltung hatten ankommen lassen, *änderten* ihre Taktik, als die Leitung des CIO zum Ausdruck brachte, dass niemand, der dem Kongress beiwohnte, den leisesten Zweifel über das weitere Vorgehen hegen könne. In der Gewissheit, dass die Exekutive des CIO durchgreifen und die von den Kommunisten provozierten Ausschlüsse *tatsächlich* vornehmen werde, wandten sich die Kommunisten mit aller Energie gegen diese Ausschlüsse. Den Führern der zwei während des Kongresses ausgeschlossenen Organisationen wurde von kommunistischer Seite nachträglich vorgehalten, dass sie sich gegen den Ausschluss nicht genug zur Wehr gesetzt hatten. Gleichzeitig beglückwünschte das Organ der Kommunistischen Partei die übrigen Verbände zu ihrer neuen Einstellung. Die neue Taktik wurde durch das Vorhandensein laufender Kollektivverträge, durch gesetzliche Vorschriften über Abstimmungen zur Feststellung der Verhandlungsfähigkeit usw. begünstigt. Insbesondere versuchten die genannten Verbände, die

vom Kongress beschlossenen Verfahren durch die Erwirkung *richterlicher Einhaltebefehle* gegen den « unrechtmässigen Ausschluss » zu behindern. Einzelne dieser Verfahren sind zurzeit noch nicht abgeschlossen; in anderen Fällen liegen bereits richterliche Urteile vor, das heisst die Einwände der Kommunisten sind abgelehnt und die auf Grund ordentlich durchgeführter Statutenänderungen eingeleiteten Verfahren *geschützt* worden.

Auf diese Weise sind nunmehr *vier weitere Organisationen ausgeschlossen* worden, jene der Bergleute und Giessereiarbeiter, der Büroangestellten, der Lebensmittel-, Tabak- und Landarbeiter sowie der Beamten. Den Organisationen ist Gelegenheit gegeben, an den nächsten Kongress zu appellieren, womit jedoch die Beschlüsse kaum rückgängig gemacht werden können, da die Ausschlüsse von der Exekutive des CIO nahezu *einstimmig* gutgeheissen worden sind (im Falle der Büroangestellten zum Beispiel mit 34 gegen 2 Stimmen). Die Verfahren gegen die restlichen sechs Organisationen sind bereits eingeleitet worden oder werden binnen kurzem angekündigt werden. In einem Falle, bei der Organisation der Möbelschreiner, wird es eventuell zu einer *inneren Säuberung* kommen, so dass der Ausschluss nicht vorgenommen zu werden braucht. Ueber die Anzahl der Mitglieder der ausgeschlossenen und noch auszuschliessenden Organisationen gehen die Angaben stark auseinander. Es dürfte sich insgesamt um 10 bis 15 Prozent der Gesamtmitgliederzahl des CIO handeln.

Vor dem Ausschluss hatten die betroffenen Verbände *reichlich* Gelegenheit, sich zu verteidigen. Es wurden gründliche Verfahren durchgeführt, wobei es nicht an Rede und Gegenrede fehlte. Einem Bericht der Exekutive des CIO zufolge kam deutlich zum Ausdruck, « dass die Politik der Kommunisten allzeit darauf ausgerichtet ist, die Gewerkschaften als Instrument der kommunistischen Politik und als Waffe der Kommunistischen Partei auf dem Gebiete der Organisation der Arbeiterschaft zu benützen, um so jene Revolution näherzubringen, aus der dann die Diktatur der Kommunistischen Partei hervorgehen kann. » Die Taktik der Kommunisten wird auch in den USA von jenen Grundsätzen bestimmt, die schon Lenin für die Arbeit in den Gewerkschaften festgelegt hat: « *Alle Mittel, Manöver und illegalen Methoden, Ausreden und Ausflüchte müssen benützt werden, um in die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben und, koste es, was es wolle, kommunistische Arbeit zu leisten.* »

Die Taktik der Kommunisten

Besonders interessant war es, im Laufe der eingeleiteten Verfahren feststellen zu können, dass die Politik der Kommunisten in den verschiedenen Verbänden zeitlich in bezug auf die Taktik und den

Gegenstand *genau aufeinander abgestimmt* war. 1938 setzten sich die Kommunisten gleichzeitig und mit gleicher Energie *für* das gegen die Aggression gerichtete Programm Roosevelts ein. Sofort nach Abschluss des deutsch-russischen Vertrages wandten sie sich einheitlich *gegen den Krieg*, die Unterstützung der Alliierten usw. Die schlimmsten Reaktionäre und Isolationisten wurden unterstützt, das heisst die gleichen Leute, denen man bald darauf vorwarf, sie hätten ihr Programm aus den Händen Hitlers bezogen. Nach der Invasion Russlands durch die Deutschen und insbesondere nach der Konferenz von Teheran sprachen sich alle diese Verbände *für die weitestgehende Unterstützung der Alliierten* aus, desgleichen für eine Stillhaltepolitik der Gewerkschaften sowie in einzelnen Fällen dafür, dass die Vermeidung von Streiks auch nach dem Krieg zur Richtschnur genommen werden soll. 1946 trat wieder einmal eine völlige Wendung ein. Die Regierung wurde als *kriegshetzerisch* verschrien und die Arbeiterschaft auf allen Gebieten zum *schärfsten Widerstand* aufgefordert.

Da sich angesichts dieser Entwicklung einzelne kommunistische Funktionäre von den kommunistischen Drahtziehern abwandten und bei den Verfahren entsprechend aussagten, erhielt man einen *genauen Einblick* in das taktische und organisatorische Vorgehen der Kommunisten in den Gewerkschaften.

In der Organisation der Bergleute und Giessereiarbeiter stand zum Beispiel an der Spitze des Verbandes ein Komitee von vier Mitgliedern. Dieses Komitee hielt *mit den führenden Kommunisten der Partei* regelmässig Sitzungen ab und legte in Zusammenarbeit mit ihnen und unter Einschaltung eines speziellen Verbindungsmannes die einzuschlagende Politik fest. Die auf diese Weise gefassten Beschlüsse wurden hierauf einer grösseren Gruppe kommunistisch zuverlässiger Mitglieder unterbreitet, die sie einstimmig guthiess. Erst nach all diesen Vorstadien gelangten die Beschlüsse an die ordentlichen Instanzen des Verbandes. *Theoretisch* hatten die Mitglieder des Verbandes die Gelegenheit, ihre Stimme gegen diese Vorschläge abzugeben. Da jedoch die Kommunisten auch die Verbandspresse, die Funktionäre und führenden Mitglieder der Organisation in der Hand hatten, war eine Stellungnahme gegen die unterbreiteten Anträge so gut wie *ausgeschlossen*. Die Mitglieder des Verbandes hatten auf die Ernennung der Funktionäre keinen Einfluss. Neunzig Prozent der Funktionäre und des Personals setzten sich aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei zusammen.

Entschlossenes Durchhalten

Die Verfahren gegen die restlichen sechs Organisationen (Fischer und verwandte Berufe, Telegraphen- und Telephonarbeiter, Docker und Lagerhausarbeiter, Schiffsköche und Stewards, Möbelschreiner,

Pelz- und Lederarbeiter) werden wahrscheinlich noch beträchtliche Schwierigkeiten bereiten, desgleichen die Gründung neuer Organisationen, bzw. die eventuelle Eingliederung der freigewerkschaftlichen Arbeiter der vom Ausschluss betroffenen Verbände in bereits bestehende Organisationen.

« Die Säuberungsaktion », so schreibt das Organ des CIO, « ist noch lange nicht beendet. Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Verfahren durchgeführt sein werden und auf Grund ihrer Resultate von der Exekutive Beschlüsse gefasst werden können. » ... « Einige der Verbände oder alle werden den Rechtsweg beschreiten und Einhaltebefehle gegen den Ausschluss zu erwirken versuchen. » ... « Die Kommunistische Partei der USA weiss, dass die kommunistischen Parteien der ganzen Welt schärfste Kritik an ihr üben werden, wenn sie ihren Einfluss und ihren Halt in der amerikanischen Arbeiterbewegung verliert. » ... « Obwohl die kommunistischen Führer begreiflicherweise in bezug auf die Zukunft des Blocks der Linken im CIO ziemlich pessimistisch eingestellt sind, prophezeien sie doch nicht die Gründung einer neuen Gewerkschaftszentrale. »

Paul Miche, Washington.

Die Nationalisierungspolitik der britischen Arbeiterregierung — und ihre unberufenen Kritiker

In England hat sich eine interessante Entwicklung vollzogen, die den Wahlkampf im Februar weitgehend charakterisiert hat: die von den Konservativen gelegentlich ihrer parlamentarischen Behandlung so heftig bekämpften *sozialen Reformen* der Arbeiterregierung haben sich als *so populär* erwiesen, haben auf die ganze Bevölkerung des Landes einen *so tiefen* Eindruck gemacht, dass sich nun die bürgerliche Opposition entschliessen musste, es mit einer andern Note zu versuchen. Sie hat sich nun *selbst* als Vorkämpferin des Wohlfahrtsstaates aufgeworfen und von all den Dingen, die heute in England zur Selbstverständlichkeit geworden sind — Vollbeschäftigung, Versicherung der gesamten Bevölkerung gegen alle Wechselfälle des Lebens, unentgeltlicher Gesundheitsdienst — behauptet sie, dass sie eigentlich *ihr* Verdienst seien. Wenn diese Tarnung den Konservativen auch nicht den Erfolg gebracht hat, den sie sich versprochen, nämlich *den Sturz der Arbeiterregierung*, so besteht doch kein Zweifel, dass sie, so unehrlich dieses Manöver auch sein mag, ihre Position dadurch verbessert haben. Die Gesinnungsgenossen der britischen Konservativen in der Schweiz haben das noch nicht kapiert und reiten noch immer auf dem *sozial-reaktionären Schimmel*,